

BESCHLUSS

der Sitzung des Rates
vom Montag, den 07.07.2025.

13	Bezahlkarte für Geflüchtete	V-129/2025 1. Erg.
----	-----------------------------	-----------------------

Herr Henkenjohann macht deutlich, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich für die Einführung einer Bezahlkarte sei. Aufgrund der Empfehlung der Verwaltung, zunächst Erfahrungswerte von anderen Kommunen abzuwarten, habe sich die CDU-Fraktion dem Kompromissvorschlag angeschlossen. Er bittet Frau Dr. Epkenhans-Behr, eine Zeitachse zu benennen, in der die Erfahrungswerte zur Bezahlkarte zur Verfügung gestellt werden können, um erneut in die Diskussion zu diesem Thema einzusteigen. Andere Kommunen hätten die Einführung einer Bezahlkarte bereits beschlossen. Die Frage zur Zeitachse könne auch im Protokoll beantwortet werden.

Beantwortung durch die Geschäftsbereichsleitung II

Die Fachverwaltung plant im 1. Quartal 2026 das Thema erneut in die politische Beratung zu bringen.

Herr Kursim bittet um Mitteilung seitens der Verwaltung, wie viele Personen in Rheda-Wiedenbrück von der Einführung einer Bezahlkarte betroffen seien und mit welchem Verwaltungsaufwand die Einführung der Bezahlkarte verbunden sei. Diese Frage könne auch im Protokoll beantwortet werden.

Beantwortung durch die Geschäftsbereichsleitung II

Für die Verwaltung bedeutet die Einführung einer Bezahlkarte zunächst einen erheblichen Mehraufwand. Der Beratungs- und Betreuungsaufwand steigt, insbesondere zu Beginn und bei Problemen mit der Karte. Die Verwaltung muss zudem neue Aufgaben bewältigen, etwa beim Wegfall und Wiederaufnahme von Erwerbstätigkeiten oder bei der Verwaltung von Bankverbindungen über „White- und Blacklists“. Zudem übernimmt das Land nur die Kosten für die Bezahlkarten und den Dienstleister. Weitere Ausgaben, etwa für Schnittstellenanpassungen oder Personalmehrbedarf, trägt die Kommune selbst oder muss diese gesondert beantragen.

Herr Arlt macht deutlich, dass die Fraktion Die Linke aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Einführung einer Bezahlkarte stimmen werde.

Frau Dr. Epkenhans-Behr zeigt auf, dass sich die Verwaltung nicht gegen die Einführung der Bezahlkarte aussprechen werde. Es sollten jedoch zunächst die Erfahrungen anderer Kommunen abgewartet werden. Von der Einführung einer Bezahlkarte seien in Rheda-Wiedenbrück ca. 300 Personen betroffen.

Herr Nacke stellt dar, dass die SPD-Fraktion einer Einführung der Bezahlkarte zustimmen würde, wenn hiermit keine Einschränkungen für die Betroffenen verbunden seien und auf die Stadt keine zusätzlichen Kosten zukämen. Dennoch habe die Einführung der Bezahlkarte einen Beigeschmack. Man würde es Schutzsuchenden damit unnötig schwermachen. Er weist darauf hin, dass vom Bundesverfassungsgericht noch nicht geklärt sei, ob die Einführung einer Bezahlkarte rech- tens sei.

Frau Reffold stellt dar, dass diese Diskussion bereits eingehend im Integrationsrat und im Ausschuss für Soziales, Migration und Sport geführt wurde. Es sei sinnvoll zunächst die Entwicklung der Bezahlkarte abzuwarten.

Herr Kursim erkundigt sich, warum in Gütersloh ca. 80 Personen von der Einführung einer Bezahlkarte betroffen seien und in Rheda-Wiedenbrück über 300 Personen.

Zu der Frage von Herrn Kursim führt Frau Dr. Epkenhans-Behr aus, dass die Stadt Gütersloh eine Landesunterkunft habe und damit nicht so viele Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen würden.

Herr Dr. Hüntten stellt dar, dass man den Beschluss nunmehr, wie in den Fachausschüssen vorberaten, fassen sollte. Diese Fragestellung werde in Kürze ohnehin wieder in den Gremien beraten.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Bezahlkarte vorerst nicht einzuführen und von der Opt-Out Regelung Gebrauch zu machen. Nach Bewertung der Erfahrungen anderer Kommunen und ggf. neuen Entscheidungen der neuen Regierung auf Bundesebene soll über die Thematik im nächsten Jahr nochmals beraten werden.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimme(n) (BM, 13 CDU, Move, B90/Die Grünen, SPD, FDP, Linke)

4 Nein-Stimme(n) (4 CDU)